

Mietendeckel: Verband der Wohnungsunternehmen rechnet mit dramatischen Einnahmeverlusten

BERLIN – Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) rechnet bei Umsetzung des vom rot-rot-grünen Senat beschlossenen „Mietendeckels“ mit Millionenverlusten. Das berichtet die *Berliner Morgenpost*. „Die wegbrechenden Einnahmen für die Wohnungsunternehmen wären dramatisch“, sagte BBU-Vorstand Maren Kern gegenüber der Tageszeitung.

Der Senat hatte beschlossen, dass Mieten in der Hauptstadt von 2020 bis 2024 eingefroren werden. Kern rechnet vor, dass ohne Mietendeckel eine „mittelgroße Genossenschaft“ in diesem Zeitraum für 20 Prozent des Bestandes um 2,5 Prozent pro Jahr anhebenwürden, um so Modernisierungen und Neubau finanzieren zu können. Nun prognostiziert sie, dass sich die Einnahmeverluste bei der Genossenschaft bis 2024 auf mehr als vier Millionen Euro summieren würden.

Der BBU vertritt in Berlin rund 140 Mitgliedsunternehmen, darunter die Deutsche Wohnen. Die BBU-Mitgliedsunternehmen stehen in Berlin für 715.000 Wohneinheiten. Das sind 43 Prozent des Mietwohnungsbestands in der deutschen Hauptstadt.

Immer mehr Polizeieinsätze in Berlins Freibädern

BERLIN – Freuen Sie sich über die hochsommerlichen Temperaturen? Gehen Sie gern in eines der schönen Berliner Freibäder? Vielen Berlinern ist die Freude inzwischen abhanden gekommen. Der Grund: Zunehmende Gewalt.

Der FDP-Abgeordnete Marcel Luthe hatte den Senat nach der Zahl der Polizeieinsätze in Berlins Freibädern gefragt und Erschreckendes herausgefunden. Allein 130 Mal musste die Polizei im vergangenen Jahr im Columbiabad anrücken – doppelt so häufig wie 2017 (67 Einsätze). 36 Mal mussten die Beamten wegen Diebstahls anrücken, aber auch 14 Mal wegen Körperverletzung. Und dann noch Nötigung, Beleidigung, Drogenkonsum.

Hier finden Sie die Details der Anfrage.

Verrichtungsboxen und Sexarbeiterinnen: Schöne neue Welt

von KLAUS KELLE

TIERGARTEN – Wir leben in Zeiten der bunten Vielfalt, wie grüne Politiker das gern so nennen. Und zu „bunter Vielfalt“ gehört in der rot-rot-grünen Metropole so wie in anderen Ballungszentren Prostitution als „ganz normaler Beruf“ dazu.

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne, Tiergarten) hatte jetzt Bewohner seines Bezirks zu einer Informationsveranstaltung in die Alegro-Grundschule eingeladen. Sein Gast: Anna Wolff vom Kölner Gesundheitsamt. Sie berichtete von den Erfahrungen, die in Köln mit dem Straßenstrich gemacht wurden. Das Beispiel der dortigen „Verrichtungsboxen“ wird nun wohl auch in Berlin zur Normalität werden. Im Jahr 2002 hatte die Rhein-Metropole die Innenstadt zum Sperrgebiet erklärt und am Stadtrand einen Bereich um eine alte Scheune mit Zaun und Sichtschutz eingerichtet, wo Freier ungestört gegen Bezahlung Frauen benutzen dürfen.

Ist das nicht schön, dieses Deutschland der bunten Vielfalt?

In die „Verrichtungsboxen“ können Freier mit ihren Autos fahren. Die Boxen sind so angelegt, dass die Prostituierten im Notfall aus dem Fahrzeug aussteigen können, der Mann auf dem Fahrersitz aber nur mit Mühe. Außerdem gibt es einen Alarmknopf neben der Beifahrertür, wie die *Berliner Morgenpost* von den Kölner Erfahrungen berichtet.

Frau Wolff berichtet, dass keine „Sexarbeiterin“ seit Einführung dieses Konzeptes in Köln Opfer von Gewalt geworden ist. Und es gebe auch sanitäre Anlagen und Automaten mit Kondomen, Getränken, Snacks und Spritzen. Lassen Sie sich, liebe Leserinnen und Leser, diesen Satz einmal in Ruhe durch den Kopf gehen!

Ja, Prostitution ist zweifellos das älteste Gewerbe der Welt . Immer gab es Frauen, die ihren Körper verkauft haben (verkaufen mussten) und Männer, die sich den Körper einer Frau zur eigenen Befriedigung gekauft haben. Und ja, wahrscheinlich wird es das auch immer geben.

Politiker werden dafür gewählt, Lösungen für Probleme zu finden. Und der Schutz von Frauen ist besonders am Straßenstrich wie etwa der Kurfürstenstraße ein echtes

Problem, denn vielfach verkaufen sich hier Frauen, um ihre Drogensucht zu finanzieren. Das ist ganz etwas anderes als teure Edelnutten in den vornehmen Saunaclubs Berlins.

Dennoch sei die Frage erlaubt: Was ist das für eine Gesellschaft, die die Ausbeutung, das Benutzen und Demütigen von Frauen zivil organisiert? Ist es legitim zu fragen, ob es nicht eigentlich staatliche Aufgabe sein müsste, Prostitution weitgehend zu verhindern – im Sinne und zum Schutz der Frauen, die in der Mehrheit Zwangsprostituierte aus Osteuropa und Asien sind?

Ist es spießig, altmodisch oder gar rechtspopulistisch, wenn man fragt, ob nicht auch in Deutschland ein Modell wie das schwedische – Freier werden unter Strafe gestellt, nicht die Frauen – möglich und sinnvoll wäre?

Ex-Innensenator Heinrich Lummer (86) ist tot

von **KLAUS KELLE**

Ich hatte das Privileg, Heinrich Lummer persönlich kennenzulernen, damals als ich bei Berlins erstem privaten Radiosender *Hundert,6* für die Landespolitik zuständig war, und auch später als Chefredakteur des Berliner Rundfunks nach der Wende.

Der frühere Innensenator war ein Politiker vom alten Schlag, wie man ihn heute in der durchgemarkelten CDU nicht mehr findet. Die linke Szene in der Metropole hasste den Mann, der

für Law & Order stand wie kein zweiter. Der besetzte Häuser in Berlin nicht nur zügig räumen ließ, sondern sich anschließend wie ein siegreicher Feldherr auch noch den Pressefotografen in den geräumten Häusern stellte. Sehr her – unser Rechtsstaat weicht gegenüber euch keinen Milimeter zurück! Das war die Botschaft des gelernten Elektromechanikers aus Essen. Ein Kind des Ruhrgebiets, der in die eingemauerte Frontstadt perfekt passte, ein Konservativer durch und durch.

1953 war er in die CDU eingetreten, 1960/61 war er AStA-Vorsitzender an der Freien Universität (FU). Eine Zeit lang befragte er für den Bundesnachrichtendienst (BND) Übersiedler aus der DDR.

Nach seiner Zeit im Abgeordnetenhaus wechselte Lummer 1987 in den Bundestag, dem er bis 1998 angehörte.

Vor 16 Jahren erlitt Lummer einen Schlaganfall und wurde zum Pflegefall. Der kantige Politiker starb am Sonnabend in einem Zehlendorfer Pflegeheim im Alter von 86 Jahren. Seine Familie war bei ihm.

Berlins Haftanstalten: Immer mehr ausländische Gefangene, immer mehr Dolmetscher

BERLIN – In Berliner Gefängnissen sitzen derzeit etwa 3.860 Häftlinge. Das berichtet die *BZ*. Der Anteil ausländischer Gefangener beträgt 44,5 Prozent (Stichtag 31. März 2018). Diese Häftlinge stammen aus insgesamt 90 Nationen, wobei Zwei

Drittel aus europäischen Ländern stammen.

Allein für eine halbwegs vernünftige Kommunikation mit den Gefangenen aus anderen Staaten werden in Berlin 86 Dolmetscher beschäftigt. Es gebe Angebote in Russisch, Albanisch, Spanisch, Vietnamesisch oder Arabisch.

Weil der Anteil ausländischer Insassen seit Jahren steigem wachse auch die Zahl der Dolmetscher. So kosteten die Honorarkräfte noch 2017 den Steuerzahler 358.600 Euro, im vergangenen Jahr stiegen die Kosten auf 420.700 Euro Und weil die Zahl der Gefangenen, die die deutsche Sprache überhaupt nichtz oder nur äußerst rudimentär beherrschen, zunehme, werden die Haftanstalten nunverstärkt Deutschkurse anbieten.

Linke Gewalt in der Wrangelstraße: Wer kennt diesen Mann?

BERLIN – Linke Gewalttäter gehen in Berlin rücksichtslos gegen die Polizei vor. Das ist nicht neu. Diese Schlägertrupps werden oft begleitet von einem Mob, der sie anfeuert. Am 6. April wurden Polizeikräfte gegen 16.50 Uhr vor dem Haus Wrangelstraße 77 in Kreuzberg von solchen linken Schlägern angegriffen.

Der auf dem Bild zu sehende Mann soll dabei einen der Gewalttäter angestiftet haben, mit dem Messer einen Polizisten anzugreifen. Bei dem Messersteher handelt es sich

um einen 17-Jährigen, der inzwischen ermittelt wurde.

Der Angriff fand im Umfeld einer linken Demonstration mit mehreren Tausend Teilnehmern statt. Motto: „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn“. Daraus entwickelte sich eine „spontane“ Demonstration zur Wrangelstraße.

Mehrere „Demonstranten“ drangen gegen 15.15 Uhr in ein lehrstehendes Geschäft ein. Die Polizei nahm drei der Besetzer fest. Etwa 200 Extremisten vor dem Geschäft versuchten derweil, die Polizei bei ihrer Arbeit zu behindern. Die Beamten mussten sich zum persönlichen Schutz im Gebäude vor den Randalierern verbarrikadieren. Reizgas wurde eingesetzt. Die Menge vor dem Laden wuchs dabei auf etwa 700 Personen an.

Die Kriminalpolizei sucht jetzt den oben abgebildeten Mann:

- 180 bis 185 cm groß
- schlanke, schlaksige Gestalt
- 20 bis 25 Jahre alt
- helle, zerzauste Haare, die über den Ohren kurz geschnitten waren
- trug einen Vollbart
- bekleidet mit schwarzem Pullover, braunem T-Shirt ohne Aufdruck mit auffällig tiefem Halsausschnitt und auffällig kurzen Ärmeln, schwarzen Turnschuhen, kurzen grünen Hose

Hinweise nimmt die Kriminalpolizei des Landeskriminalamtes unter der Telefonnummer (030) 4664-952317, über die Internetwache der Polizei Berlin oder jede andere Polizeidienststelle entgegen.

Nach persönlichen Drohungen: AfD sagt Wahlparty für Sonntag ab

BERLIN – Die Reihe von Angriffen und Drohungen auf Veranstaltungen und Mitglieder der AfD hat in jüngster Zeit überall in Deutschland zugenommen. Heute hat die Partei – immerhin große Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag – ihre für kommenden Sonntag geplante Wahlparty zur Europawahl abgesagt. Zuvor hatte es aus dem linken Spektrum Drohungen gegen die Betreiberin des Veranstaltungssaals und auch Angehörige und Mitarbeiter gegeben. Die Berliner Polizei hat inzwischen bestätigt, dass es Ermittlungen gibt. Schon seit einiger Zeit ist es für die Partei in der Hauptstadt schwierig, Räume für Veranstaltungen zu mieten, nachdem es immer wieder gewaltsame Übergriffe auch gegen Wirte gegeben hat. Ein Sprecher der AfD kündigte am Abend an, dass man versuchen werde, bis Sonntag andere Räume zu finden.

Stuhlkreis mit den Muslimbrüdern

von KLAUS KELLE

Bei der „Deradikalisierung“ von sogenannten Rückkehrern der

Terrororganisation IS (Islamischer Staat) und radikaler Salafisten denkt der Berliner Senat über eine Zusammenarbeit mit den Muslimbrüdern nach. Darüber berichtet der Tagesspiegel. Sozialarbeiter sollen sich danach um die Islamisten, die nicht gewaltbereit sein sollen, kümmern.

In Berlin leben nach Analysen des Verfassungsschutzes rund 1.000 Salafisten und Islamisten. Wie der „Tagesspiegel“ weiter berichtet, sei davon die Hälfte gewaltbereit. Was der Tagesspiegel nicht schreibt und der Senat möglicherweise auch nicht weiß: Wie unterscheidet man die 500 gewaltbereiten Extremisten in Berlin von den 500 friedlichen Extremisten? Und welche besondere Befähigung haben die Sozialarbeiter, um mit früheren IS-Mördern aus Syrien zu „arbeiten“. Was genau machen die? Was befähigt sie dazu? Gehen die Tee trinken und schauen Al Dschasira zusammen? Lesen sie gemeinsam im Koran?

Dieser Staat macht sich komplett zum Narren. In dieser Stadt leben Menschen, die abends zusammensitzen und überlegen, was sie in die Luft sprengen wollen und wie viele von uns „Ungläubigen“ dabei draufgehen. Und wir denken über Stuhlkreise nach.

Immerhin gibt es auch gute Nachrichten. Die Innenminister von Berlin und Brandenburg, Geisel und Schröter (beide SPD) „erwägen“ den Aufbau eines gemeinsamen Einsatzzentrums beider Bundesländer. Und ich zitiere nochmal den *Tagesspiegel*:

„Es seien bereits „Abstimmungsgespräche“ mit der Berliner Senatsinnenverwaltung eingeleitet worden. Das Projekt sei aber noch in einem frühen Stadium, daher lägen noch keine konkreten Ergebnisse vor.“

Wann ist wieder Weihnachtsmarkt?

Parklets beschädigt: Der teure Flop an der Bergmannstraße

KREUZBERG – Wenn die Hauptstadt sinnlos Geld ausgibt, dann lässt sie es wenigstens richtig krachen. Die „Begegnungszonen“ an der Kreuzberger Bergmannstraße, Parklets genannt, wurden für viel Geld mit Grünpflanzen und skandinavischem Kiefernholz gestaltet. Man gönnt sich ja sonst nix. Parklets, das sind übrigens möblierte Podeste, wie wir nachgelesen haben.

Ende vergangenen Jahres hatte der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg 15 solche Sitzgruppen entlang der Bergmannstraße aufgebaut. Kosten: 883.000 Euro. Bis Ende Juli sollen die Parkplatzbehinderungs-Zonen stehen bleiben, doch jüngst hatte Kreuzbergs Baustadtrat Florian Schmidt (Grüne) eine Idee. Er will – gegen den Beschluss seiner BVV – die Möbelgruppen, die beim Bürger überhaupt nicht populär sind, bis Ende November stehen lassen.

In den vergangenen Tagen haben Vandalen im Schutz der Dunkelheit Parklets beschädigt und beschmiert. 883.000 Euro für die Katz. Aber Berlin hat's ja...

Erneuter Schlag gegen

arabischen Familienclan in Berlin

BERLIN – Der Druck auf kriminelle Clanstrukturen in der Metropole Berlin wächst spürbar. Nachdem Mitte vergangenen Jahres 77 Immobilien in der Hauptstadt beschlagnahmt wurden, stellten Staatsanwaltschaft und Polizei gestern auch die Mieteinnahmen von 45 dieser Immobilien, die sich im Besitz einer arabischen Großfamilie befinden, sicher. Zwei Gebäude wurden bei der Aktion auch durchsucht.

Bei der Aktion wurden Konten von einem Dutzend Verdächtigen beschlagnahmt. Bei dem sichergestellten Geld soll es sich um einen Betrag von mehreren Hunderttausend Euro halten.

Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass die Immobilien mit Geld aus einem Sparkasseneinbruch 2014 finanziert worden waren. Drei Mitglieder der Großfamilie stehen derzeit wegen des Diebstahls einer Goldmünze im Millionenwert aus dem Berliner Bode-Museum vor dem Berliner Landgericht.